



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

### **Zusätzliche Hilfen für Schulen in herausfordernden Lagen und Hilfen für Jugendliche ohne Abschluss beim Übergang in den Beruf**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Schulen in herausfordernden Lagen und mit einer heterogenen Schülerschaft in Bayern besser unterstützt werden durch

- zusätzliche finanzielle Mittel für bessere Ausstattung und mehr Personal,
- (mehr) multiprofessionelle Teams, bestehend auch aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Schulpsychologen,
- auf die besonderen pädagogischen Herausforderungen an diesen Schulen spezialisierte Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer,
- Evaluation des Lernens und der Lernfortschritte.

Zusätzlich wird die Staatsregierung aufgefordert sicherzustellen, dass Informationen zu Schulabbrüchen systematisch erfasst und an die Arbeitsagenturen weitergeleitet werden, um durch geeignete Angebote eine weitere Qualifikation zu ermöglichen (Verbesserung des sogenannten Übergangssystems von der Schule in den Beruf).

### **Begründung:**

Die Ergebnisse der aktuellen Bertelsmann-Studie (März 2023) zum Thema „Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss“ werfen auch auf Schulen im Freistaat ein grelles Licht. Sie hat unter anderem ergeben, dass die Stadt Hof im Jahr 2021 mit 27,7 Prozent die bundesweit höchste Zahl an Schülerinnen und Schüler hatte, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen. 11,8 Prozent waren es in Wunsiedel. Schwabach steht mit lediglich 4,5 Prozent besser da, noch besser schneidet der Landkreis Eichstätt mit nur 1,6 Prozent ab. Der bayernweite Durchschnitt lag bei 5,1 Prozent. Diese Zahlen belegen deutliche regionale Unterschiede und Voraussetzungen im Freistaat. Deshalb sollen Schulen, die mehr Aufwand betreiben müssen, um Schülerinnen und Schüler zum Erfolg zu führen, mehr Ressourcen erhalten. Diese Schulen müssen mit einem trennscharfen Sozialindex identifiziert werden. Wie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Was brauchen Schulen in herausfordernden Lagen?“ im März 2022 ergeben hat, kann der Bedarf bei bis zu einem Drittel mehr über der üblichen Finanzausstattung liegen. Das ergibt sich zum Beispiel aus zusätzlichem Personal. Viele dieser Schulen haben aber gravierende Defizite bei der Ausstattung mit Lernmitteln sowie mit Schulgebäuden in schlechtem Zustand.

Eine schnelle Verbesserung der Situation an Schulen mit besonderen Herausforderungen sollte angesichts des gravierenden Lehrermangels in Bayern mit multiprofessionellen Teams, bestehend unter anderem aus Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Erzieherinnen und Erziehern, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen als auch anderen Professionen angestrebt werden. Multiprofessionalität bedeutet dabei aber auch, Managementfunktionen aus Unternehmen passend zu implementieren: z. B. Personalführung, Personalschulung oder Controlling. Diese Aufgaben werden allgemein in Schulen zu wenig berücksichtigt oder von ungeschultem Personal erledigt. Lehrerinnen und Lehrer müssen an Schulen in schwierigen Lagen ungleich mehr Zeit darauf verwenden, Unterricht erst möglich zu machen und aufrechtzuerhalten.

In den Schulen mit besonderen Herausforderungen geht es besonders darum, herkunftsbedingte Defizite auszugleichen. Deswegen ist es unerlässlich, die Lehrerinnen und Lehrer fortzubilden. Derzeit gibt es aber noch zu wenige Fortbildungen zu einer „sozial-reflexiven Pädagogik“. Zugleich ist es sinnvoll, zu evaluieren, welche pädagogischen Methoden und Konzepte herkunftsbedingte Bildungsungleichheit wirksam ausgleichen. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung legt dar, dass wissenschaftsbasierte Evaluation in den Erziehungswissenschaften kaum eine Rolle spielt. Schulen in schwierigen Ausgangslagen würden jedoch von einer zeitnahen Rückmeldung, ob ihre Maßnahmen wirken, profitieren.

Die Staatsregierung darf die Schülerinnen und Schüler, die keinen Schulabschluss erreicht haben, nicht aus dem Blick lassen. Im sogenannten Übergangsbereich gibt es ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Programmen, die allerdings unübersichtlich sind. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Abbrecherzahlen zu erfassen und den Übergangsbereich zu systematisieren.